

Solidarisches Bürgergeld – Die Zukunft des Sozialstaates

Die Junge Union Thüringen unterstützt die Initiative von Ministerpräsident Dieter Althaus, mit dem solidarischen Bürgergeld den Sozialstaat neu auszurichten und zukunftssicher zu gestalten. Einfach. Transparent. Gerecht.

Der überforderte und leistungsfeindliche Sozialstaat heute

Die Systeme der sozialen Sicherheit werden heute von vielen Menschen zu recht nicht mehr als sicher, sondern als unsicher angesehen. Etwa 40% der Ausgaben der umlagefinanzierten Beitragssysteme müssen schon heute durch Steuermittel ausgeglichen werden. Das ist ein entscheidender Grund für ungedeckte öffentliche Haushalte und wachsende Verschuldung. Bei der gegenwärtigen Verschuldung der öffentlichen Haushalte ist diese Politik der Lastenverschiebung in die Zukunft nicht mehr länger durchhaltbar.

Eine Vielzahl von Einzelleistungen macht die notwendigen Hilfen des Sozialstaates unübersichtlich, ineffektiv und erfordert umfangreiche, teure Bürokratien. Insbesondere die Aufnahme von Arbeit mit beschränktem zeitlichen Umfang und geringerem Entgelt ist äußerst unattraktiv. Bedürftige fühlen sich unwürdig behandelt. Steuerzahler befürchten, ihre finanziellen Leistungen würden nicht mit dem größtmöglichen Effekt eingesetzt. Dass Politiker diese Probleme lösen können und wollen, wird zunehmend bezweifelt. Dies gefährdet die Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat. Diese Situation ist nicht länger hinnehmbar und erfordert überzeugende Antworten und entschlossenes politisches Handeln.

Das Solidarische Bürgergeld

Mit dem „Konzept des Solidarischen Bürgergeldes“ wurde ein konkreter und durchgerechneter Vorschlag eingebracht. Jeder Bürger hat demnach nach seinem 18. Lebensjahr Anspruch auf ein Bürgergeld in Höhe von monatlich 800 Euro. Diese 800 Euro sind ein garantiertes, bedingungsloses Grundeinkommen. Es deckt, auch nach Abzug einer Gesundheitsprämie in Höhe von 200 Euro monatlich, das soziokulturelle Existenzminimum ab. Jeder zusätzlich eingenommene Euro soll mit 50% versteuert werden. Die Steuerschuld würde vom bedingungslos zustehenden Bürgergeld abgezogen und die Differenz ausbezahlt.

Wer mit einem halbierten Bürgergeld in Höhe von 400 Euro einverstanden ist, muss sein Einkommen nur zu 25% versteuern. Ab einem Einkommen von 1.600 Euro ist der halbierte Steuersatz von 25% und das halbierte Bürgergeld von 400 Euro nicht nur für den

Steuerpflichtigen günstiger, ab diesem Einkommen entsteht auch erstmals eine echte Steuerschuld nach Abzug des Bürgergeldes.

Für Kinder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr erhalten die Eltern ein Bürgergeld von 500 Euro. Auch in diesem Betrag ist eine Gesundheitsprämie von 200 Euro enthalten. Nach Abzug der Gesundheitsprämie ist das Bürgergeld für Kinder immer noch doppelt so hoch wie heute.

Jeder Bürger muss eine Kranken- und Pflegepflichtversicherung abschließen. Er kann frei wählen, bei welcher Kasse er das macht. Die Kassen müssen nur einen Grundtarif von 200 Euro im Monat anbieten, der gesetzlich festgelegte Standards garantiert. Teurere Tarife mit verbesserten Leistungen sind ebenso möglich wie bessere Standards zum Grundtarif. Selbst wenn alle Bürger nur den Grundtarif wählen, fließen rund 200 Mrd. Euro ins System – etwa 15 % mehr als heute.

Gründe zur Umsetzung des Konzepts

Dieser Vorschlag ist umsetzbar, weil die Gesamtkosten deutlich unterhalb des gegenwärtigen Finanzierungsvolumens für die 155 Einzelleistungen des Sozialstaates liegen.

Das Solidarische Bürgergeld könnte sofort für alle Bürger bis zum Alter von 18 Jahren gelten. In der Übergangsphase genössen alle Älteren Vertrauensschutz und erhielten alle Leistungen wie bisher. Arbeitslose bekämen staatliche Transfers nicht mehr vom Sozialamt, sondern vom Finanzamt. Die Stigmatisierungen Hartz IV und ALG II könnten verschwinden. Auch zeitlich beschränkte Arbeit mit geringer Bezahlung, wäre für den einzelnen attraktiv. Unternehmen wie auch Vereine, Verbände, Kirchen und soziale Organisationen könnten so leicht zusätzliche Arbeit anbieten. Der Sozialstaat würde viel transparenter, schlanker und effektiver.

Die Einführung des Solidarische Bürgergeldes eröffnete die begründete Hoffnung auf neuen Wohlstand und Aufschwung in Deutschland. Es sichert zudem die berechtigten Ansprüche der Älteren – ohne die Jüngeren zu überfordern. Der Zusammenhalt der Generationen würde damit gestärkt und Konflikten vorgebeugt. Demokratische Politiker stellten zudem unter Beweis, dass sie auch ernste Krisen im Interesse der Menschen zu meistern vermögen. Damit würden die Grundlagen gelegt, dass die Menschen überzeugt sein können: Es ist gut, in Deutschland zu leben und zu arbeiten.